

Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente!

Die LINKE wirkt. Auch in der Rentenpolitik. Die Regierung setzt den Riesterfaktor aus. Das ist gut, weil auch durch ihn die Rentnerinnen und Rentner vom Aufschwung abgekoppelt wurden. Wir brauchen wieder eine gesetzliche Rente, auf die man sich verlassen kann. Am Ende eines langen Arbeitslebens darf kein Lebensabend in Armut stehen.

Der Riesterfaktor muss deshalb ganz abgeschafft werden. Genauso wie alle anderen Dämpfungs- und Kürzungsfaktoren, die seit 2001 in die Rentenformel geschrieben wurden. Die Rentnerinnen und Rentner von heute sind diejenigen, die dieses Land aufgebaut haben. Wer sie als lästige Kostgänger und vermeintlich gierige Generation denunziert, hat von Gerechtigkeit und Solidarität nichts verstanden.

Die Rente ist die wichtigste Säule des Sozialstaats. Niemand will krank, arbeitslos oder pflegebedürftig werden. Aber alle wollen in Würde alt werden.

Wer die Rente kürzt, kürzt die Lebenschancen der Menschen und trägt Angst in jedes Haus. Einen „Krieg der Generationen“ gibt es in Wirklichkeit nicht. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von heute sind gern bereit, ihren Beitrag zur Finanzierung der Renten zu leisten. Sie wollen nur einigermaßen sicher sein, dass auch sie eines Tages als Rentnerinnen und Rentner nicht im Stich gelassen werden.

Die unsoziale Rentenpolitik von Union und SPD raubt jungen Menschen die Aussicht auf einen menschenwürdigen Lebensabend. Aber die Rente hat Zukunft. Gerechtigkeit und Solidarität sind ihre Basis. Gegenwärtig werden die Seniorinnen und Senioren mit real sinkenden Renten sitzen gelassen, während die Preise für Waren des täglichen Bedarfs explodieren. Das darf nicht sein. Renten, von denen man leben kann, sind nicht nur eine Frage des Geldes sondern der Würde. DIE LINKE fordert, dass wieder gilt, was über Jahrzehnte gut funktioniert hat: Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente!

Mehr zum Thema unter www.linksfraktion.de/rente



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Ein Verein für die Sorgen und Nöte von Hartz-IV-Betroffenen

Von Reinhard Waag, Arbeitslosenselbsthilfeverein im Landkreis Anhalt-Bitterfeld e. V.

Jeden Donnerstag zu jeder Jahreszeit treffen sich die Mitglieder des Arbeitslosenselbsthilfevereins in der Bitterfelder Kirchstraße und bieten arbeitslosen Bürgern selbstlos ihre Hilfe an. Der überwiegende Teil, selbst von Langzeitarbeitslosigkeit gezeichnet, hilft Ratsuchenden bei der Ausfüllung von Anträgen zum Bezug von Arbeitslosengeld II, dem Lesen und der Interpretation fehlerhafter ARGE-Bescheide und möglichen Widersprüchen. Mitunter hilft man den Betroffenen einfach nur mit einem Gespräch, um die persönlichen Sorgen auf einen guten Weg zu führen. In brisanten Situationen führte auch schon einmal der Weg zur ARGE mit einem persönlichen Beistand durch den Verein.

Der Arbeitslosenselbsthilfeverein wurde im Sommer 2007 in Bitterfeld für den Landkreis Anhalt-Bitterfeld durch 13 Gründungsmitglieder als eingetragener und gemeinnütziger Verein gegründet. Auf der jüngst stattgefundenen Mitgliederversammlung am 25.09.2008 konnte der Vereinsvorstand auf die problembeladenen wöchentlichen Gesprächstermine und auf weitere Mitgliederzugänge verweisen.

Eine besondere Herausforderung stellte für die Vereinsmitglieder die Verwirklichung des Buchprojektes dar. Dabei erfuhr der Verein eine besondere Unterstützung durch den Autor Peter Hoffmann und seines Vereins Kultur und Lebenshilfe. Aber auch durch erhebliche finanzielle Spenden der Partei Die LINKE, die dem Verein auch regelmäßig ihre Räume

als Heimstatt anbietet.

Zu erinnern war auch an das Forum „Rechtlos mit Hartz IV“, welches eine große öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr. Betroffene erhielten im Anschluss an diese Veranstaltung eine Rechtsberatung durch Halina Wawschiniak und Frau Weise in ihren Angelegenheiten.

Insgesamt war in der Diskussion festzustellen, dass sich eine Zusammenarbeit mit der ARGE SGB II im Landkreis Anhalt-Bitterfeld als äußerst schwierig darstellt. Dabei geht es uns oft in jedem einzelnen Fall darum, dass auf direktem Wege Probleme einer Lösung zugeführt werden können. Dieses Ansinnen scheint der ARGE und ihrer Geschäftsführung in Bitterfeld mitunter aber eher lästig zu sein, ansonsten fänden wir als Verein einen regelmäßigen Ansprechpartner bei der ARGE in Bitterfeld-Wolfen.

In der Diskussion waren auch künftige Vorhaben des Vereins, in denen sich die Mitglieder aktiv einbringen möchten. So wollen wir alles dafür tun, dass das Buchprojekt eine breite Öffentlichkeit erfährt. Dem soll insbesondere dessen öffentliche Präsentation am 27.11.2008 verhelfen. Ferner will der Verein seine Aktivitäten auf den ganzen Landkreis Anhalt-Bitterfeld ausdehnen und in regelmäßigen Abständen auf die unmenschlichen Bedingungen der Hartz-IV-Gesetzgebung öffentliche Aufmerksamkeit erregen. Dafür gilt auch unser ganzer Einsatz für die Einführung eines Sozialpasses im Landkreis Anhalt-Bitterfeld.



Mitglieder des Vereins (v.l.n.r.): Heidrun Kivelip, Dieter Werner, Reinhard Waag, Hannelore Finke und Katja Münchow

Falsche Parallele

Gastkolumne von Jan Korte (MdB) im ND vom 4./5.10.2008

In den Erinnerungen von Konrad Adenauer findet sich folgender Satz: „Wir sahen am Beispiel der Sowjetunion, dass eine Linksdiktatur mindestens so gefährlich war wie eine Rechtsdiktatur.“

1953 gewann die Union die Bundestagswahl mit dem Slogan „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“. In einem aktuellen „Ostdeutschlandantrag“ des CDU-Vorstandes an den kommenden Bundesparteitag steht: „Zusätzlich zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und des Holocaust gehört für die CDU auch das Gedenken an die Opfer der Diktatur der SED zu den konstitutiven Elementen des wiedervereinigten Deutschland.“ Und ebenso heißt es dort im Jahre 2008 (!): „Die CDU wird ihren Kampf gegen sozialistische Experimente jeglicher Art fortsetzen.“

Was fällt auf? Zum einen hat sich die antikommunistische Ideologie und Agitation der Konservativen in über 50 Jahren kein Stück weiterentwickelt – weder inhaltlich noch sprachlich. Zum anderen aber hat sich die gesellschaftliche Situation gründlich geändert. Der antikommunistische „Kreuzzug“ der CSU fiel ihr gewaltig auf die Füße, was alle Linken erstmal vorbehaltlos freuen sollte. Einige Monate vorher haben Roland Kochs Warnungen vor den „Kommunisten“ ihm eine verdiente Niederlage in Hessen bereitet – und wenn alles gut läuft, eine von der LINKEN tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung mit ermöglicht.

Der alte Antikommunismus der Bundesrepublik, verstanden als Abwehrideologie gegen die Arbeiterbewegung und die Linke insgesamt, ist in einer Krise. Der in der westdeutschen Gesellschaft ehemals verbreitete „Antikommunismus der Lohnabhängigen“ zieht nicht mehr.

Wirklich gefährlich und abstoßend ist die Revitalisierung der eigentlich auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandeten Totalitarismustheorie, also der behaupteten Wesensgleichheit von Rot und Braun. Nicht nur, dass mit dieser Ideologie in den 50er Jahren die massenhafte Rückkehr von alten Nazis in Amt und Würden legitimiert wurde. Nein, im Jahre 2008 wird damit die Einmaligkeit, der Zivilisationsbruch der durch den größten, durchbürokratisierten Verwaltungsmassensmord geprägten Geschichte relativiert. Das Unrecht in der DDR in diesen Zusammenhang zu bringen war 1950 falsch und ist es 2008 noch immer.

Die Linke insgesamt sollte die kommenden Jahrestage 2009 nicht in geduckter Haltung bestreiten, sondern selbstkritisch und selbstbewusst um die richtige Deutung von Geschichte ringen. Dazu gehört die glasklare Zurückweisung der Totali-



tarismustheorie in Politik und Wissenschaft. Dazu gehört auch das Kenntlichmachen des Einverleibens der Blockflöten DDR-CDU und der Bauernpartei in die CDU der Bundesrepublik – samt Vermögen. Angebracht wäre auch die Forderung, dass sich die Konservativen einmal mit ihren ehemaligen Mitgliedern Globke, Oberländer – und wie sie alle heißen – auseinandersetzen sollte.

Einen Fehler darf die Linke aber nicht machen: bei aller Kritik an der Geschichtsklitterung der Konservativen die Fehler, das Unrecht und auch die Verbrechen im Namen des Sozialismus zu übergehen. Diese Auseinandersetzung muss geschichtsbewusst und kritisch geführt werden. Und zwar völlig unabhängig von den Pharisäern der CDU/CSU. Die Zurückweisung und Bekämpfung antikommunistischer Ideologie ist nur dann erfolgreich, wenn sie von einem unzweifelhaften antistalinistischen Standpunkt geführt wird.

Große Koalition: Kosmetik statt Mindestlohn

SPD stimmt gegen eigene Forderung

In der Öffentlichkeit sammelt die SPD Unterschriften für einen gesetzlichen Mindestlohn. Als Regierungspartei stimmte sie gegen einen Antrag der Linksfraktion im Bundestag, der wortgleich ihren Unterschriftentext aufnimmt. Damit stellt sie die Koalitionsdisziplin über das von ihr proklamierte Ziel, endlich Schluss mit Armut trotz Arbeit zu machen.

Große Koalition: Kosmetik statt Mindestlohn

Es ist deutlich geworden: Mit der Großen Koalition wird es keinen einheitlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn geben. Der Koalitionskompromiss – die Ausweitung des Entsendegesetzes und die Nutzung des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes – ist mehr als unzureichend.

Ausweitung des Entsendegesetzes ist Augenwischerei

Das Entsendegesetz schreibt für die Beschäftigten einer Branche – unabhängig von ihrer Herkunft – einen festgelegten Lohn vor. Die Höhe dieses Mindestlohns richtet sich nach den Tarifverträgen, den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände der jeweiligen Branche vereinbart haben. Das Entsendegesetz gilt bisher nur für die Baubranche und die Gebäudereinigung.

■ Die Ausweitung des Entsendegesetzes betrifft nur sehr wenige Branchen. Die Koalition will nur diejenigen berücksichtigen in denen bundesweite Tarifverträge mit einer Tarifbindung von mindestens 50 Prozent gelten. Die Masse der Beschäftigten, etwa in Call-Centern, im Frisörhandwerk oder im Bewachungsgewerbe, gehen leer aus.

V.i.S.d.P. Harald Werner

■ In einigen betroffenen Branchen sind die Gewerkschaften nicht in der Lage, existenzsichernde Löhne in Tarifverträgen zu verankern. Die Ausweitung des Entsendegesetzes ändert nichts an der Höhe dieser Löhne.

Mindestarbeitsbedingungsgesetz stiftet Chaos und löst das Problem nicht

Mit dem überarbeiteten Mindestarbeitsbedingungsgesetz sollen Mindestlöhne für Branchen festgesetzt werden, in denen keine Tarifverträge existieren oder die Tarifbindung unter 50 Prozent liegt.

■ Es wird eine Vielzahl regional unterschiedlicher branchenbezogener Mindestlöhnen geschaffen. Eine wirksame Kontrolle der Einhaltung der Mindestlöhne ist nahezu unmöglich.

■ Die existenzsichernde Höhe von 8 Euro ist damit nicht garantiert.

Ein einheitlicher, gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8 Euro muss her!

DIE LINKE setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8 Euro ein. Millionen Beschäftigten, die für Armutslöhne arbeiten, steht ein Leben in Würde zu. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist notwendig, weil er endlich eine Untergrenze gegen den freien Fall der Löhne einzieht und damit allen Beschäftigten nützt.

Mitmachen! <http://mitglied.die-linke.de>
Telefon 030/24 009-555

www.die-linke.de

DIE LINKE.